

## Deutschland: Integrationsgipfel verabschiedet Aktionsplan

Ein Aktionsplan und diverse Absichtserklärungen sind das Ergebnis des diesjährigen Integrationsgipfels. Während sich die Bundesregierung zufrieden zeigte, kritisierten Teilnehmer und Opposition v. a. die unzureichende Finanzierung der Integrationspolitik. Ein Integrationsministerium wird es in der näheren Zukunft nicht geben.

Die Integrationssituation würde insgesamt besser eingeschätzt, als es die Debatte der letzten Wochen gezeigt habe, betonte Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) nach dem 4. Integrationsgipfel, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Anfang November nach Berlin eingeladen hatte (vgl. MuB 9/08, 6/07, 6/06). Das Treffen im Bundeskanzleramt stand im

Schatten der von Thilo Sarrazin (SPD) ausgelösten Integrationsdebatte (vgl. MuB 7-8/10).

Gemeinsam mit den mehr als 120 Teilnehmern aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie Vertretern von Migrantenorganisationen und privaten Akteuren hatte die Bundeskanzlerin über Chancen und Probleme der Integration in Deutschland diskutiert. Die Schwerpunktthemen des diesjährigen Gipfels waren Sprache, Integration vor Ort sowie Wirtschaft und Ausbildung.

**Aktionsplan:** Bis zum nächsten Integrationsgipfel Ende 2011 soll ein Aktionsplan erstellt werden, mit dem die Umsetzung der im Nationalen Integrationsplan (NIP) formulierten Integrationsziele klar und verbindlich

geregelt werden soll (vgl. MuB 5/08, 6/07). Ziel sei es, die beschlossenen Maßnahmen zu überprüfen, um die besten Integrationsinstrumente auszuwählen bzw. neue Maßnahmen zu erarbeiten.

Die bisher zehn Themenfelder des NIP – Integrationskurse, Sprache, Arbeitsmarkt, Frauen, Integration vor Ort, Kultur, Integration durch Sport, Medien, Zivilgesellschaft und Wissenschaft – wurden um die Berei-

che Gesundheit und Pflege sowie Migranten im öffentlichen Dienst ergänzt.

**Integrationskurse:** Die Bundesregierung erklärte, dass allen Migranten, die an einem Integrationskurs teilnehmen wollen, in den nächsten fünf bis sieben Jahren ein entsprechendes Angebot gemacht werden soll. Die Zahl der Interessierten schätzte die Kanzlerin auf etwa 1,8 Mio. Menschen.

Aktuell warten nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ca. 9.000 Zuwanderer auf die Teilnahme an einem Integrationskurs (vgl. MuB 8/10). Ein grundsätzlicher Anspruch auf einen Integrationskurs ist im Aufenthaltsgesetz nicht verankert. Ausländer können aber zur Kursteilnahme verpflichtet werden, z. B. wenn sie Sozialleistungen beziehen oder aus anderen Gründen als „integrationsbedürftig“ eingestuft werden.

Zugleich kündigte die Integrationsbeauftragte die Einführung individueller Integrationsvereinbarungen an, die sich insbesondere an Neuzuwanderer richten und festschreiben, welche Unterstützung Migranten bekommen und welche Leistungen sie erbringen müssen (vgl. MuB 10/09).

**Sprachförderung:** Für die Sprachförderung im Vorschulalter will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 400 Mio. Euro bereitstellen. Die hohe Schulabbrecherquote soll künftig in einem breit angelegten Konzept angegangen werden, da diese Probleme nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund existierten.

**Integration vor Ort:** In diesem Bereich gibt es nach Auskunft der Bundeskanzlerin nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere mit Gewalt an Schulen in Verbindung mit männlichen Verhaltensmustern. Um die Integration an den Schulen nach vorne zu bringen, forderte Böhmer eine Deutschpflicht auf Schulhöfen. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) setzt auf Kooperationen mit Sportvereinen, um die „Integration durch den Sport in die Gesellschaft“ zu nutzen.

**Wirtschaft und Ausbildung:** Die Teilnehmer diskutierten über den so genannten Ausbildungspakt und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse (vgl. Infokasten, S. 2). Künftig sollen mehr Migranten im öffentlichen Dienst arbeiten. Dafür reiche es nicht aus, bei gleicher Qualifikation Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen, sagte de Maizière. Von einer Quote halte er nichts. Vielmehr müsse man bereits im Vorfeld Migranten stärker für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst interessieren.

### Inhalt

Deutschland: Integrationsgipfel verabschiedet Aktionsplan	1
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Deutschland: Zwangsheirat und Scheinehen erschwert	2
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
Griechenland / Türkei: Frontex-Einsatz und Zuwachs irregulärer Einwanderung	3
Kurzmeldungen – Europa I	4
Welt: Migranten stark von der Wirtschaftskrise betroffen	5
Kurzmeldungen – Europa II	5
Literatur & Veranstaltungen	6
Kurzmeldungen – Welt	6
Zusätzlich in der Internetausgabe (www.migration-info.de):	
Deutschland: FDP entfacht neue Debatte um ein Punktesystem	
Dänemark: „Ghetto-Initiative“ verabschiedet	

**Reaktionen:** Einige Teilnehmer des Gipfels und die Opposition zeigten sich von dem Treffen enttäuscht. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages Petra Roth forderte zusätzliche Gelder für integrative Präventionsarbeit in den Kommunen. Die Vertreter der Oppositionsparteien beklagten die Unterfinanzierung der Integrationspolitik und insbesondere die angekündigten Kürzungen der Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Aiman Mayzek sagte, Integration werde nicht durch

„eine Vervielfachung“ von Gipfeln verbessert.

**Integrationsministerium:**

Rund um den Integrationsgipfel wurde auch die Einrichtung eines Integrationsministeriums kontrovers diskutiert. Eine diesbezügliche Forderung Böhmers hatte Merkel umgehend abgelehnt. Während der ehemalige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering ebenfalls ein solches Ressort forderte, kritisierten Linke und Bündnis 90/Die Grünen diesen Vorschlag. Ein solches Ministerium löse die eigentlichen Probleme nicht, sagte die migrationspolitische Sprecherin der Linken Sevim Dagdelen.

Der Vorsitzende von Bündnis 90/DieGrünen Cem Özdemir sagte, dass ein Integrationsressort auf Bundesebene nur dann sinnvoll

sei, wenn es mit dem wichtigsten Integrationsthema Bildung verbunden wäre. *th*

Weitere Informationen:

[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de), [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de),  
[www.tgd.de](http://www.tgd.de), [www.spd.de](http://www.spd.de), [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)  
[www.islam.de](http://www.islam.de), [www.gruene.de](http://www.gruene.de),  
[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), [www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de)

### Kurzmeldungen – Deutschland I

**Psychotherapeutische Versorgung**  
Migranten erkranken deutlich häufiger an Depressionen oder somatoformen Störungen wie Müdigkeit, Erschöpfung und anderen nicht hinreichend auf organische Ursachen zurückführbare Krankheiten als Einheimische, gab die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) Anfang Oktober anlässlich eines Symposiums zu diesem Thema bekannt. Migranten sind aufgrund potenziell traumatisierender Erfahrungen wie Flucht oder Verfolgung sowie ungesichertem Aufenthaltsstatus einem besonders hohen Risiko psychosozialer Erkrankungen ausgesetzt. Die BPTK fordert daher einen entsprechenden Ausbau des Gesundheitssystems. Dolmetscher, interkulturelle Kompetenzen im Gesundheitswesen sowie mehrsprachige Informationen zu psychischen Erkrankungen und psychotherapeutischen Maßnahmen würden die Versorgung von Migranten verbessern. BPTK-Präsident Rainer Richter kritisierte zudem, dass Asylbewerber und Flüchtlinge aufgrund der Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG § 4, § 6) nur eingeschränkten Anspruch auf psychotherapeutische Behandlung haben.  
[www.bptk.de/show/4170096.html](http://www.bptk.de/show/4170096.html)

**Einbürgerung von Rentnern**  
Bündnis 90/Die Grünen wollen die Einbürgerung von Ausländern in Rente unabhängig von Sprachkenntnissen ermöglichen. „Wer in Deutschland viele Jahre hart gearbeitet und Steuern gezahlt hat, der sollte als Rentner ohne Vorbedingungen den deutschen Pass bekommen können“, sagte der integrationspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag Memet Kilic in einem Interview. Es stoße bei Einwanderern auf großes Unverständnis, wenn der Staat für Rentner auch nach Jahrzehnten in Deutschland Sprachkenntnisse oder Wissenstests zur Auflage für Einbürgerungen mache. Etwa 900.000 Ausländer beziehen in Deutschland eine Rente, darunter mehr als 250.000 Türken. Die Pläne sind Teil eines Gesetzentwurfs, den die Fraktion Ende Oktober in den Bundestag eingebracht hat. Die Partei fordert darin auch, Zuwanderer schon nach 6 statt 8 Jahren einzubürgern.  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/034/1703411.pdf>

### Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Am Rande des 4. Integrationsgipfels stellte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) einen Gesetzentwurf zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vor. Demzufolge soll ein transparentes und einheitliches Verfahren garantieren, dass künftig innerhalb von drei Monaten über die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Abschlusses entschieden wird. Die mehrfach geforderte zentrale Anlaufstelle für alle Berufe soll es jedoch nicht geben. Für die Umsetzung des Verfahrens bleiben die für den jeweiligen Berufszugang zuständigen Kammern und Behörden verantwortlich. Die beruflichen Fähigkeiten sollen durch Abschlusszeugnisse, Arbeitsproben, Fachgespräche, praktische und theoretische Prüfungen sowie Gutachten nachgewiesen werden können. „Maßstab ist und bleibt das Qualitätsniveau der deutschen Abschlüsse“, erklärte Schavan. Erweise sich eine Auslandsqualifikation als nicht gleichwertig, sollen Antragsteller über verschiedene Nachqualifizierungsmaßnahmen informiert und beraten werden. Der Gesetzentwurf wird aktuell auch in den anderen betroffenen Ressorts geprüft und ergänzt.

Nach Schätzungen der Bundesregierung könnten bis zu 300.000 Menschen, die bereits in Deutschland leben, von einer Neuregelung profitieren. Frühere Schätzungen gingen von noch höheren Zahlen aus (vgl. MuB 1/10). Im Fokus stehen vor allem Medizin- und Erziehungsberufe, der Pflegebereich und die so genannten MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), bei denen bereits jetzt ein Mangel an Fachkräften besteht. [www.bmbf.de/press/2986.php](http://www.bmbf.de/press/2986.php), [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

## Deutschland: Zwangsheirat und Scheinehen erschwert

Das Bundeskabinett hat Ende Oktober Änderungen aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften beschlossen. Die Opposition spricht von einer Verschärfung des Aufenthaltsrechts.

Die Bundesregierung will künftig entschlossen gegen Zwangsheirat und Scheinehen vorgehen. Am 26. Oktober hat das Kabinett den von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer

von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften“ beschlossen. Mit dem Entwurf will die Regierung im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziele umsetzen (vgl. MuB 9/09).

**Zwangsheirat:** Ein eigenständiger Straftatbestand gegen Zwangsheirat soll künftig im Strafgesetzbuch verankert werden. Bislang war Zwangsheirat zwar gesellschaftlich geächtet, fand sich aber nicht als eigenständige Straftat im Strafgesetzbuch. Bisher konnten Zwangsheiraten als schwere Nötigung geahndet werden. Durch die Neuregelung droht nun für den Versuch oder die Durchführung einer Zwangsheirat eine Haftstrafe zwischen sechs Monaten und fünf Jahren. Personen, die gezwungen werden, zum Zwecke einer Zwangsheirat Deutschland zu verlassen, und anschließend an der Rückkehr nach Deutschland gehindert werden, soll ein zehnjähriges Rückkehrrecht eingeräumt werden. Voraussetzungen sind eine gute Integration in Deutschland vor der Ausreise bzw. eine positive Integrationsprognose wie bei der so genannten Altfallregelung

## Kurzmeldungen – Deutschland II

**Urteil: Keine Einreise zur Adoption**  
Ausländische Kinder können erst dann für eine Adoption nach Deutschland einreisen, wenn ein ordentliches Adoptionsvermittlungsverfahren durchgeführt wurde. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. Oktober gebietet dies der Schutz des Kindeswohls (Az: 1 C 16.09). Kläger waren ein inzwischen 12-jähriger Marokkaner, der in einem Waisenhaus in Casablanca lebt, sowie eine 48-jährige Deutsche marokkanischer Herkunft, die den Jungen adoptieren will. Dies ist in Marokko jedoch nicht möglich, weil das dortige Rechtssystem Adoptionen nicht vorsieht. Den Antrag der Kläger, dem Jungen ein Visum zur Durchführung eines Adoptionsverfahrens in Deutschland zu erteilen, lehnte die deutsche Botschaft in Marokko ab. Diese Entscheidung des Auswärtigen Amtes hat nun das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigt. Damit haben Kinder aus Ländern mit islamisch geprägten Rechtssystemen kaum eine Chance, zur Adoption nach Deutschland einzureisen.

#### Kaum Erkenntnisse zu Integrationsverweigerern

Es gebe „vielleicht 10 bis 15 % wirkliche Integrationsverweigerer“, kommentierte Anfang September Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die Sarrazin-Debatte und löste mit dieser Äußerung eine neue Kontroverse aus (vgl. MuB 7-8/10). Vor diesem Hintergrund stellte die Partei Die Linke eine Kleine Anfrage zur Anzahl der Integrationsverweigerer und ihrer Motivation sowie zu den damit verbundenen Sanktionsmöglichkeiten (BT-Drucksache 17/3147).

In ihrer Antwort räumte die Bundesregierung ein, dass sie kaum über Erkenntnisse zu Integrationsverweigerern verfüge. Die Regierung schätzt die Zahl derjenigen, die einen Integrationskurs nicht antreten oder abbrechen, auf 8 %, wobei sie bei den Gründen für einen Abbruch neben mangelnder Motivation auch Krankheit oder eine Arbeitsaufnahme in Betracht zieht. Die Zahl der so genannten Integrationsverweigerer läge dann womöglich sogar unter 8 %.

Über das Ausmaß erteilter Sanktionen aufgrund der Nichtteilnahme, z. B. die Ablehnung der Aufenthaltsverlängerungen oder Leistungskürzungen nach SGB XII (Sozialhilfe) und Asylbewerberleistungsgesetz, liegen der Regierung keine Informationen vor, heißt es in der Antwort der Bundesregierung (BT-Drucksache 17/3339).

<http://dip.bundestag.de>

(AufenthG § 104 Absatz 2).

Bisher liegen keine gesicherten Kenntnisse über das Ausmaß von Zwangsheiraten in Deutschland bzw. die Zahl der Opfer aus Deutschland vor. Eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegebene und noch nicht abgeschlossene Studie soll Aufschluss liefern.

Dass ein Gesetz beschlossen wird, bevor das zugrunde liegende Phänomen gründlich analysiert wurde, ist ungewöhnlich, da die vorgelagerte Untersuchung von Problemfeldern die Verhältnismäßigkeit der rechtlichen Folgen sichern soll.

**Scheinehen:** Die Mindestbestandszeit einer Ehe zwischen ausländischen und deutschen Staatsbürgern, nach der der ausländische Ehepartner im Falle einer Scheidung ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhält, wurde von zwei auf drei Jahre angehoben. Dies senke die Anreize für eine Scheinehe und erhöhe die Wahrscheinlichkeit, eingegangene Scheinehen vor Entstehung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts aufdecken zu können, begründet das Innenministerium diesen Schritt im Gesetzentwurf.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte im Jahr 2000 die Mindestbestandszeit binationaler Ehen von vier auf zwei Jahre gesenkt (vgl. MuB 3/00). „In der Praxis“ habe es Anzeichen gegeben,

dass dies das Eingehen von Scheinehen befördert habe, heißt es im Entwurfstext. Die amtlichen Zahlen bestätigen dies jedoch nicht. Im Zusammenhang mit Scheinehen wurde laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PSK) im vergangenen Jahr gegen 1.698 Tatverdächtige ermittelt. Im Jahr 2000 lag diese Zahl mit 5.269 Personen noch deutlich höher.

**Bewegungsfreiheit:** Die räumlichen Aufenthaltsbeschränkungen für Asylbewerber auf das Gebiet einer Ausländerbehörde und für Geduldete auf ein Bundesland sollen durch das Gesetz gelockert werden. Dies soll den Schulbesuch, die Aufnahme eines Studiums oder einer Ausbildung sowie die Aufnahme einer Beschäftigung erleichtern. Einer generellen Aufhebung der Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete, wie von Migrantenverbänden und Flüchtlingsorganisationen immer wieder gefordert, entspricht dies jedoch nicht (vgl. MuB 10/09).

**Reaktionen:** Oppositionsparteien und Migrantenorganisationen kritisierten die Pläne der Regierungskoalition. Die Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoguz erklärte, dass die Verlängerung der Mindestbestandszeit von Ehen dazu führe, dass Frauen länger von ihren Männern abhängig seien und damit Zwangsverhältnisse und Gewalt begünstigt würden. Die migrationspolitische Sprecherin der Linkspartei Sevim Dagdelen kritisierte die Erhöhung der Ehebestandszeit als „Verschlechterung beim Schutz der Opfer von Zwangsverheiratungen“.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland Kenan Kolat begrüßte zwar die Ächtung von Zwangsheiraten, kritisierte aber die „bürokratischen Hürden“ bei der Rückkehr der Opfer. Außerdem sollte ein eigenständiges Aufenthaltsrecht nicht an die Zeit des Zusammenlebens eines Paares, sondern z. B. an Sprachkenntnisse gebunden sein, kommentierte Kolat.

Die Regierung wolle davon ablenken, dass ihre Haushaltskürzungen dazu geführt hätten, „dass Zehntausende“ nun auf einen freien Platz in einem Integrationskurs warten müssten, kritisierte der Sprecher für Flüchtlingspolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Josef Winkler. Insbesondere verurteilte er die Erhöhung der Mindestbestandszeit einer Ehe als „Verschärfung des Aufenthaltsrechts [...] zulasten von misshandelten Migrantinnen“ (vgl. MuB 8/10). *th*

Weitere Informationen:  
[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de), [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de), [www.bka.de](http://www.bka.de),  
[www.spd.de](http://www.spd.de), [www.gruene.de](http://www.gruene.de)

## Griechenland / Türkei: Frontex-Einsatz und Zuwachs irregulärer Einwanderung

Die Grenzschutzbehörde der Europäischen Union Frontex wird im Laufe der nächsten Wochen 175 Grenzschützer

Anfrage der griechischen Regierung, da sich diese angesichts eines anhaltenden Zustroms irregulärer Zuwanderer überfordert sieht.

aus sieben EU-Mitgliedstaaten an der griechisch-türkischen Grenze einsetzen. Die Entsendung erfolgt auf

Es handelt sich hierbei um den ersten Einsatz der 2007 gegründeten „Soforteinsatzteams für Grenzsicherungs-

## Kurzmeldungen – Europa I

**EU: Vereinbarung mit Libyen**

Bei einem Besuch Anfang Oktober haben die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström und der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Stefan Füle eine Vereinbarung über die Kooperation mit Libyen in Migrationsfragen unterzeichnet. Dabei geht es um technische und fachliche Unterstützung bei der Grenzüberwachung, bei der Rettung von Flüchtlingen in Notlagen und der Entwicklung eines Flüchtlings- und Asylsystems. Die EU stellt in den nächsten drei Jahren insgesamt 60 Mio. Euro dafür bereit. Amnesty International kritisierte, es sei unklar, was z. B. über den Umgang mit Flüchtlingen vereinbart wurde, die aus anderen afrikanischen Staaten auf dem Weg in die EU nach Libyen einreisen oder als so genannte Boatpeople vor der libyschen Küste aufgegriffen werden. Erst im Juni hatte Libyen der Vertretung des UNHCR im Land untersagt, weiter Flüchtlinge im Land zu registrieren. Bisher hatte das UNHCR diese Aufgabe übernommen, da Libyen über kein eigenes Asylsystem verfügt. Zwischen Libyen und Italien besteht bereits seit Mai 2009 ein Rückübernahmeabkommen, das von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert wird (vgl. MuB 5/10, 5/09).

<http://europa.eu>

**Frankreich: Einwanderungspolitik verschärft**

Mit 294 zu 239 Stimmen hat die französische Nationalversammlung am 12. Oktober einem schärferen Einwanderungsgesetz zugestimmt. Mit der von Einwanderungsminister Eric Besson (UMP) vorgelegten Novelle will die Regierung gegen straffällig gewordene Migranten vorgehen. Die umstrittenste der mehr als einhundert Regelungen des so genannten „Loi Besson“ sieht vor, eingebürgerten Franzosen, die erst seit zehn und weniger Jahren in Frankreich leben, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, wenn sie eines Mordversuchs an einem Staatsbediensteten (z. B. Polizisten) überführt werden. Die Opposition und unabhängige Juristen zweifeln die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung an. Andere Bestimmungen sehen die Ausdehnung der zulässigen Abschiebehaft und den Abbau des Rechtsschutzes gegen Abschiebungen vor. EU-Bürgern droht die Ausweisung, wenn sie zur „unvernünftigen Belastung“ für den Sozialstaat werden. Letzteres bezieht sich nicht explizit auf die in Frankreich lebenden Roma, diese sind aber insbesondere von der Regelung betroffen (vgl. MuB 7-8/10). [www.immigration.gouv.fr](http://www.immigration.gouv.fr)

zwecke“ RABIT (Rapid Border Intervention Teams, vgl. MuB 5/07). Die speziell ausgebildeten Grenzschrützer sollen vor allem an einem 12,5 km langen Grenzschnitt nahe der ostgriechischen Stadt Orestiada eingesetzt werden. Das ungesicherte Gebiet am Grenzfluss Evros hat sich zu einer Schwerpunktregion irregulärer Zuwanderung entwickelt. Täglich überqueren hier hunderte Personen die griechisch-türkische EU-Außengrenze, sagte ein Sprecher der EU-Kommission. Der Einsatz ist zunächst bis Jahresende geplant, kann jedoch bei Bedarf verlängert werden. Anfang November wurden bereits erste Einheiten in die Region entsandt.

Von den schätzungsweise 80.000 irregulären Zuwanderern, die zwischen Januar und August dieses Jahres die EU erreicht haben, sind rund 40.000 über die griechische Nordgrenze eingereist. Während im vergangenen Jahr lediglich 5.600 irregulär einreisende Migranten an der griechisch-türkischen Landesgrenze aufgegriffen wurden, erhöhte sich die Zahl der Aufgriffe in den ersten acht Monaten dieses Jahres auf rund 23.000 Personen. Dabei handelt es sich nach Angaben der EU-Kommission v. a. um Afghanen, Afrikaner, Iraker und Pakistaner.

Gleichzeitig ging die Zahl der Aufgriffe in der Ägäis von rund 15.000 (2009) auf etwa 4.000 (vgl. MuB 1-8/2010) zurück. Dieser Rückgang ist auch auf Frontex-Operationen in der Ostägäis zurückzuführen.

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström zeigte sich besorgt über die humanitäre Situation an der griechisch-türkischen Landesgrenze. „Griechenland ist offenkundig nicht mehr in der Lage, mit dieser Situation allein fertig zu werden“, so Malmström.

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), Amnesty International, Pro Asyl sowie zahlreiche andere Organisationen haben wiederholt auf die Verhältnisse an der Grenze sowie in überfüllten Aufnahmelagern hingewiesen (vgl. MuB 7/09, 5/08).

Seitdem die Routen über Spanien (vgl. MuB 7/06) und Italien (vgl. MuB 2/09, 4/09) stärker kontrolliert werden, hat sich die Lage an den griechischen Grenzen im Laufe der letzten drei Jahre erheblich verschärft (vgl. MuB 2/07). „Die Situation in Griechenland ist eine humanitäre Krise, die in der Europäischen Union nicht vorkommen sollte“, sagte der UN-Flüchtlingskommissar António Guterres. Flüchtlingshilfsorganisationen wie Pro Asyl weisen darauf hin, dass dem griechischen Asylsystem ein Kollaps drohe. Flüchtlinge würden von griechischen Grenzschrüttern über den Grenzfluss Evros in die Türkei zurückgetrieben, so Pro Asyl. Außerdem sei eine steigende Zahl von Todesopfern zu beklagen.

Die sozialdemokratische Regierung Griechenlands hatte nach der Übernahme der Amtsgeschäfte im Oktober 2009 angekündigt, das Asylsystem grundlegend umzugestalten (vgl. MuB 10/09, 9/09). Flüchtlingshilfsorganisationen kritisieren jedoch, dass es bisher nur Absichtserklärungen gibt, aber keine konkreten Schritte erfolgt sind.

Angesichts der angespannten Lage in Griechenland haben sich internationale Organisationen wie Amnesty International und das UNHCR wiederholt für eine Aussetzung der Rückführungen nach Griechenland ausgesprochen, da ein faires Asylverfahren dort nicht garantiert sei. Das Bundesverfassungsgericht in Deutschland prüft derzeit, ob ein kurdischer Asylbewerber aus dem Irak, der über Griechenland nach Deutschland eingereist war, trotz der humanitären Situation nach Griechenland abgeschoben werden darf (vgl. MuB 7/09).

Unterdessen haben Griechenland und die Türkei eine bilaterale Übereinkunft zur Zusammenarbeit bei der Eindämmung illegaler Zuwanderung erzielt. Auf der Grundlage eines im Mai 2010 unterzeichneten Abkommens begannen die türkischen Behörden im September mit der Rückübernahme von Migranten aus Drittstaaten. Dem Abkommen zufolge erklärt sich die Türkei dazu bereit, jährlich bis zu 1.000 Drittstaatsangehörige aufzunehmen.

Ein bereits ausgehandeltes Rückübernahmeabkommen mit der EU wurde hingegen von der Türkei noch nicht unterzeichnet. Die EU hat dies zur Voraussetzung für eine Erleichterung der Visavergabe für türkische Staatsbürger erklärt. Die türkische Regierung fordert jedoch von der EU-Kommission, dass diese ein Mandat der EU-Mitgliedstaaten für die Befreiung von der Visumpflicht einholt.

Die Regierung in Ankara schätzt die Kosten für die Rückübernahme von Flüchtlingen und Migranten, die über die Türkei in die EU einreisen, auf jährlich rund 1,2 Mrd. Euro. Die EU hat eine Finanzhilfe von 70 Mio. Euro pro Jahr zugesagt. *sta*

Weitere Informationen:

[www.frontex.europa.eu](http://www.frontex.europa.eu), [www.unhcr.de](http://www.unhcr.de), [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

# Welt: Migranten stark von der Wirtschaftskrise betroffen

## Kurzmeldungen – Europa II

### Ungarn: Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen

Die ungarische Regierung will die Einwanderung von Personen aus Ländern außerhalb der EU erschweren und brachte Anfang Oktober ein entsprechendes Gesetz ins Parlament ein. Scheinehen und -adoptionen zur Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung sollen im Einklang mit EU-Recht unter Strafe gestellt werden. Drittstaatsangehörige, die in Ungarn studieren wollen, müssen künftig ausreichende Sprachkenntnisse nachweisen. Universitäten sollen zudem melden, wenn ausländische Studierende ihr Studium nach der Immatrikulation nicht aufnehmen. Laut Eurostat betrug der Ausländeranteil in Ungarn im Jahr 2009 1,4 %. Nur 0,7 % waren Drittstaatsangehörige.

**Schweden: Attentate auf Einwanderer**  
Anfang November hat die schwedische Polizei einen 38-jährigen Mann festgenommen, der möglicherweise der gesuchte „Heckenschütze von Malmö“ ist. Seit Oktober 2009 kam es in der südschwedischen Stadt immer wieder zu Mordversuchen an Einwanderern. Mehrere der insgesamt 15 Opfer wurden schwer verletzt. Getötet wurde eine junge Frau. Malmö ist in Schweden die Großstadt mit dem höchsten Anteil an Zuwanderern. Rund 30 % der 265.000 Einwohner sind im Ausland geboren.

### Dänemark: Strenges Punktesystem

Am 8. November einigte sich die Regierung im Zuge ihrer Haushaltsverhandlungen für 2011 auf strengere Regeln für Familienzusammenführungen. Ziel sei, die Zuwanderung aus muslimischen Ländern einzudämmen. Dänemark habe damit künftig Europas strengste Regeln, sagte Justizsprecher Peter Skaarup von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei. Bislang mussten beide Ehepartner für eine Familienzusammenführung mindestens 24 Jahre alt sein. Künftig müssen sie sich zudem über ein Punktesystem qualifizieren. Pluspunkte gibt es etwa für einen Hochschulabschluss, für Berufserfahrung in Berufen, in denen in Dänemark Arbeitskräftemangel herrscht, und für bestimmte Sprachkenntnisse, wovon Arabisch, Türkisch oder Urdu ausgeschlossen sind. Zudem muss der in Dänemark lebende Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen und über ausreichend Wohnraum verfügen. Bevor er den Antrag für seinen Partner stellen darf, muss er rund 100.000 Kronen (14.000 Euro) auf einem Bankkonto hinterlegen. Die „gemeinsame Beziehung“ des Paares zu Dänemark müsse „wesentlich größer“ sein als zu dem Land, aus dem der Partner kommt.

Eine aktuelle Studie des Migration Policy Institute bestätigt, dass Migranten in den meisten Industriestaaten seit 2008 stark von der Wirtschaftskrise betroffen sind (vgl. MuB 6/09, 3/09, 1/09). Im Gegensatz zu anderen Industriestaaten stieg die Zahl der arbeitslosen Ausländer in Deutschland nicht.

Die Studie „Migration and Immigrants Two Years after the Financial Collapse: Where Do We Stand?“ des Migration Policy Institute (MPI) ist am 7. Oktober in Washington vorgestellt worden. Sie analysiert die Situation von Migranten in fünf Industrieländern (USA, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Irland und Spanien) auf der Grundlage bisher vorhandener Migrations- und Arbeitsmarktdaten aus den jeweiligen Ländern. Demnach ist die Zuwanderung in die Industriestaaten während der Wirtschaftskrise stark zurückgegangen.

Besonders deutlich war der Rückgang in Irland, wo die Einwanderung allein aus den neuen EU-Mitgliedstaaten zwischen April 2007 und April 2010 von 33.700 auf 5.800 Personen jährlich zurückging (-83 %).

Zahlen aus den USA zeigen, dass dort die Zahl der befristeten Visa für Saisonarbeiter zwischen 2008 und 2009 um 50 % zurückgegangen ist.

In Deutschland stieg die Zuwanderung von 682.000 Personen im Jahr 2008 auf 721.000 Personen 2009. Insgesamt war der Wanderungssaldo 2009 jedoch negativ (-13.000 Personen, 734.000 Fortzüge; vgl. MuB 6/10).

Der Abstand zwischen der Arbeitslosenquote von

Ausländern und Einheimischen vergrößerte sich zwischen dem vierten Quartal 2007 und dem vierten Quartal 2009 in den USA (von 0,7 auf 2,1 Prozentpunkte), Irland (von 1,5 auf 7,4), Italien (von 3 auf 4,3), Portugal (von 1,9 auf 5,3), Schweden (von 7,1 auf 8,9) und Frankreich (von 8,3 auf 9,8). Am stärksten öffnete sich diese Schere in Spanien, wo der Unterschied zwischen der Arbeitslosenquote der Einheimischen und der Quote der Einwanderer von 4,4 Prozentpunkten auf 12,2 Prozentpunkte anstieg (vgl. MuB 8/08). In Deutschland hingegen verringerte sich der Abstand von 8,6 auf 7,1 Prozentpunkte.

Auch Einwanderer, die bereits länger in den Industrieländern leben, sind von der Krise in Form von Arbeitslosigkeit betroffen. Männliche Migranten wurden besonders häufig arbeitslos, da sie oft in Branchen arbeiten, die stark unter der Rezession zu leiden hatten, wie dem Baugewerbe und der Industrie. Auch junge Migranten (15-24 Jahre) waren weltweit besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. 2009 waren im EU-Durchschnitt 24 % der im Ausland geborenen Jugendlichen arbeitslos, in Spanien waren es sogar 41 %, in Schweden 37 %.

Besonders hart traf die Krise Einwanderer aus bestimmten Staaten: Einwanderer aus Bangladesch in Großbritannien, Nordafrikaner und Lateinamerikaner in Spanien sowie Südamerikaner in den USA. Besser als dem Durchschnitt erging es asiatischen Migranten in den USA und Indern in Großbritannien. Diese Unterschiede sind hauptsächlich damit zu erklären, dass Angehörige der letztgenannten Gruppen im Durchschnitt besser ausgebildet sind. Höher qualifizierte Migranten waren in den meisten Industriestaaten weniger stark von Arbeitslosigkeit betroffen als gering qualifizierte.

Durch die gesunkene Migration und die starken wirtschaftlichen Probleme vieler Migranten gingen die Rücküberweisungen weltweit während der Wirtschaftskrise zurück (2009: -6,7 % im Vergleich zum Vorjahr). Besonders stark sanken die Rücküberweisungen nach Europa und Zentralasien (-20,3 %), Südamerika und in die Karibik (-12,3 %). Die Rücküberweisungen nach Rumänien sanken im ersten Halbjahr 2009 sogar um 60 %. Nur die Rücküberweisungen nach Südasien stiegen um 4,9 % (vgl. MuB 3/10).

Verglichen mit anderen Industriestaaten waren Migranten in Deutschland laut der Studie weniger stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Insgesamt ging die Arbeitslosigkeit inzwischen wieder etwas zurück. Im Oktober 2008 hatte die Quote laut Bundesagentur für Arbeit bei 7,3 % für Deutsche bzw. 17,2 % für Ausländer gelegen, im Oktober 2010 bei 6,4 % bzw. 14,7 %. *bb*

Weitere Informationen:

[www.migrationpolicy.org/pubs/MPI-BBCreport-2010.pdf](http://www.migrationpolicy.org/pubs/MPI-BBCreport-2010.pdf), <http://statistik.arbeitsagentur.de>, [www.cso.ie](http://www.cso.ie)

## Literatur & Veranstaltungen

Gudrun Hentges, Justyna Staszczak: **Geduldet, nicht erwünscht. Auswirkungen der Bleiberechtsregelung auf die Lebenssituation geduldeter Flüchtlinge in Deutschland.** 2010, Hannover, ISBN: 978-3-8382-0080-4, 29,90 Euro, Online-Bestellung: [www.ibidemverlag.de](http://www.ibidemverlag.de)

Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): **Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird.** 2010, Wiesbaden, ISBN: 978-3-531-16258-4, 39,95 Euro, Online-Bestellung: [www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)

Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): **Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen.** 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, 2010, Wiesbaden, ISBN: 978-3-531-17440-2, 49,95 Euro, Online-Bestellung: [www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Georg Weißeno (Hg.): **Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen.** 2010, Bonn, Schriftenreihe (Bd. 1050), keine Bereitstellungspauschale, Online-Bestellung: [www.bpb.de/shop](http://www.bpb.de/shop)

### Veranstaltungen

**Tagung - Bildung eröffnet Chancen. Auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte?**

**Termin:** 19.11.2010 18:30 Uhr bis 21.11.2010 14 Uhr  
**Ort:** Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll

**Veranstalter:** Integrationsbeauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg, Diakonisches Werk Württemberg, Evangelische Akademie Bad Boll

**Kontakt:** Tel.: +49 (0)7164 79-217, E-Mail: [reinhard.becker@ev-akademie-boll.de](mailto:reinhard.becker@ev-akademie-boll.de)

**Informationen:** [www.ev-akademie-boll.de/](http://www.ev-akademie-boll.de/)

### Workshop - Verfahrensberatung für Flüchtlinge

**Termin:** 23.11.2010 bis 24.11.2010

**Ort:** Tagungshaus Hoffmanns Höfe, Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt/Main

**Veranstalter:** Paritätischer Wohlfahrtsverband GV e.V.

**Kontakt:** Tel.: +49 (0)30 24636-427, E-Mail: [fluechtlingshilfe@paritaet.org](mailto:fluechtlingshilfe@paritaet.org)

**Informationen:** [www.migration.paritaet.org](http://www.migration.paritaet.org)

### Jahrestagung der Trainergruppe KIK

**Normalität und Anderssein - Ansätze zum Umgang mit Diversität**

**Termin:** 25.11.2010 13 Uhr bis 27.11.2010 13:30 Uhr

**Ort:** Brücke/Most-Zentrum Dresden, Reinhold-Becker-Str. 5, 01277 Dresden

### Kurzmeldungen – Welt

#### USA: Rekordzahl von Abschiebungen

Von Oktober 2009 bis Ende September 2010 wurden 392.862 Personen aus den USA abgeschoben. Dies ist die bislang höchste Zahl (+1,3 %; 2008/09: 387.790). Nach Angaben des Ministeriums für Heimatschutz handelte es sich bei etwa der Hälfte der Abgeschobenen (195.000) um verurteilte Straftäter.

Da ein Großteil der Abgeschobenen Mexikaner sind und es in Mexiko keine Reintegrationsmaßnahmen für sie gibt, befürchten Politiker und Kommentatoren in Mexiko, dass die Abgeschobenen von den mexikanischen Drogenkartellen angeworben werden und die ohnehin hohe Zahl von Gewalttaten weiter ansteigen wird (vgl. MuB 7/10, 8/09).

Die in der bisherigen Regierungszeit von Präsident Barack Obama (Demokraten) angestiegene Zahl der Abschiebungen ist sowohl auf politische als auch auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen. Zum einen versucht die Obama-Administration Vorwürfen entgegenzutreten, dass sie das Thema der undokumentierten Zuwanderung nicht ernst genug nehme. Aber auch die Wirtschaftskrise sowie die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit spielen eine Rolle.

[www.ice.gov/news/](http://www.ice.gov/news/)

**Veranstalter:** Kultur-Identität-Kommunikation

**Kontakt:** Tel.: +49 (0)351 43314-0, E-Mail: [petra.zachova@bruecke-most-stiftung.de](mailto:petra.zachova@bruecke-most-stiftung.de)

**Informationen:** [www.bruecke-most-stiftung.de](http://www.bruecke-most-stiftung.de)

### Afrika in Bewegung – Migration zwischen Konflikt- und Entwicklungspotential, Weingartener Afrika-Gespräche

**Termin / Ort:** 3.-5.12.2010, Weingarten (BaWü)

**Veranstalter:** Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

**Kontakt:** Tel.: +49 (0)711 1640702, E-Mail: [meseke@akademie-rs.de](mailto:meseke@akademie-rs.de)

**Informationen:** [www.akademie-rs.de](http://www.akademie-rs.de)

### Internationale Konferenz – Rethinking Migration in Times of Economic Crisis in Europe

**Termin / Ort:** 9.-10.12. 2010, Berlin (Haus der Kulturen der Welt)

**Veranstalter:** Netzwerk Migration in Europa e. V., Universität Bremen, Bundeszentrale für politische Bildung

**Kontakt:** Dr. Anne von Oswald/Dr. Andrea Schmelz, E-Mail: [info@network-migration.org](mailto:info@network-migration.org)

**Informationen:** [www.network-migration.org/rethinking-migration-2010/index\\_dt.php](http://www.network-migration.org/rethinking-migration-2010/index_dt.php)

## Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, Fax: +49 (0)30 92400996, E-Mail: [MuB@network-migration.org](mailto:MuB@network-migration.org); [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de); ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Marcus Engler & Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Barbara Bils, Thomas Hummitzsch, Veysel Özcan, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stalfort, Christoph Wöhrlé; Redaktionsschluss: 12.11.2010

Bestellung: [www.migration-info.de/kontakt](http://www.migration-info.de/kontakt) oder [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder.

Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sowie Zusatzinformationen sind online verfügbar unter: [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)

Weitere Online-Ressourcen: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org), [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)